

Ökumenische Konferenz Lunteren, 14.-16. Juni 2016 "Fürchte Dich nicht": eine Stellungnahme

Einführung

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK), die Konferenz Europäischer Kirchen, die Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (KKME) und die Protestantische Kirche in den Niederlanden (PKN) haben vom 14. bis 16. Juni 2016 eine Konferenz in Lunteren organisiert, da sie die Notwendigkeit für Mitgliedskirchen und ökumenische Organisationen sahen, über Antworten auf die globale Flüchtlingskrise nachzudenken. Die Konferenz versammelte mehr als 60 VertreterInnen von Kirchen, ökumenischen Organisationen, ExpertInnen und Freiwillige aus ganz Europa, die mit und für Flüchtlinge arbeiten, viele in lokalen Gemeinden und Gruppen in verschiedenen Ländern. Der Austausch über die Erfahrungen, die Kirchen und kirchennahe Gruppen auf lokaler Ebene gesammelt haben, ermöglichte gegenseitiges Lernen, um besser zu verstehen, was noch getan werden muss, und um gemeinsame unterstützende und anwaltschaftliche Initiativen zu ermöglichen.

Ein Aufruf, die Anstrengungen zu intensivieren

Die Überlegungen befassten sich mit der sichtbaren und beunruhigenden Verbreitung von Furcht. Die existentielle Furcht vor Gewalt, die Flüchtlinge aus ihrer Heimat treibt, die Furcht vor den Gefahren während der Reise – die sehr real ist, wie der Verlust von Tausenden von Menschenleben beim Überqueren des Mittelmeers nachdrücklich zeigt – und Furcht bezüglich der Aufnahme – oder Zurückweisung – in den Ankunftsändern. In den Aufnahmeändern reicht die Furcht von den Auswirkungen von Immigration auf gesellschaftliche Normen und Werte, über Belastungen lokaler Ressourcen – die oft schon unter Druck sind, wie im Falle Griechenlands – bis hin zur politischen Instrumentalisierung dieser Zweifel und Befürchtungen. Auf diesem Hintergrund konnte die Botschaft in Jesaja 41:10 gefunden werden: „Fürchte Dich nicht, ich bin bei Dir“. Furcht lähmt, wo effektive Solidarität und Mitgefühl in den Aufnahmeändern wichtige und notwendige Voraussetzungen sind für humanitäre Antworten auf Bedürfnisse von Flüchtlingen.

Eine besondere Sorge wurde über den in Mainstream-Parteien sichtbaren Trend ausgedrückt, auf die als Bedrohung wahrgenommenen rechtsextremen Demagogen zu reagieren, in dem man ihnen in deren Richtung folgt. Unter diesem realen oder wahrgenommenem gesellschaftlichen Druck, entziehen Regierungen sich ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nach internationalen oder Europäischen Verträgen, oder schwächen sie ab.. Auch Kirchen und zivilgesellschaftliche Organisationen sind sich der Spannungen bewusst, die auch in ihren Reihen präsent sind, und sind

Conference of European Churches - Confédération des Églises européennes - Konferenz Europäischer Kirchen
Rue Joseph II 174 - BE-1000 Brussels - Belgium
Tel.: +32 2 230 17 32 - Fax: +32 2 231 14 13 - email: cec@cec-kek.be - www.ceceurope.org

Churches' Commission for Migrants in Europe - Commission des Églises auprès des Migrants en Europe - Kommission der Kirchen für Migranten in Europa
Rue Joseph II 174 - BE-1000 Brussels - Belgium
Tel. +32 2 234 68 00 - Fax +32 2 231 14 13 - E-mail: info@ccme.be - www.ccme.eu

World Council of Churches - Conseil Oecuménique des Eglises - Ökumenischer Rat der Kirchen
150 Route de Ferney - CH-1211 Geneva 2 - Switzerland
Tel: +41 22 791 6704 - email: mej@wcc-coe.org

Protestant Church in the Netherlands - Protestantse Kerk Nederland
Joseph Haydnlaan 2a, NL-3533 AE Utrecht
Tel. +31 30 880 1880, e-mail: service@protestantsekerk.nl

manchmal zurückhaltend, die Öffentlichkeit auf diese Trends anzusprechen, trotz ihrer bedeutsamen Arbeit in der Unterstützung von Flüchtlingen.

Dies gilt insbesondere für die Anstrengungen von Kirchen und kirchennahen Organisationen in unseren Ländern: in ganz Europa sind Tausende von Freiwilligen engagiert in maßgeblichen Programmen zur täglichen Unterstützung von Flüchtlingen, darunter unmittelbare Grundversorgung, Unterkunft, Rechtshilfe und Beratung. Dadurch ergänzen sie oft die manchmal vom Staat nur widerwillig erbrachten Leistungen.

Indem sie diese Verantwortung wahrnehmen, stärken Kirchen und kirchennahe Gruppen ihr moralisches Recht, ihre Regierungen und Gesellschaften aufzufordern, deren Verpflichtungen gemäß europäischen und internationalen Menschenrechtsverträgen zu respektieren. Trotz dieses praktischen und konkreten Zeugnisses sind Kirchen zurückhaltend, sich in der öffentlichen Debatte zu engagieren: Wie Erzbischof emeritus Anders Wejryd, Präsident des ÖRK für Europa, während der Konferenz feststellte: „Wir hofften, dass die Kirchen führend sein würden, freimütig und gehört würden, dass sie Gründe nennen, warum Menschenrechte so formuliert wurden, wie sie es wurden, und dass das Gebot, den Nächsten zu lieben, sich über Zeit und Raum erstreckt.“

Die Konferenz in Lunteren ruft Kirchen und kirchennahe Organisationen auf, ihre Teilnahme an öffentlichen Debatten und anwaltschaftlicher Tätigkeit in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise zu steigern. Themen, die dringend auf nationaler Ebene und in der Europäischen Union angesprochen werden sollten, beinhalten:

- Besondere Aufmerksamkeit sollte dem Mangel an Verständnis in unseren Gesellschaften gewidmet werden hinsichtlich der Natur der Flüchtlingskrise: Während Länder des Nahen Ostens wie Libanon oder Jordanien, unter anderem mit der Hilfe von UNHCR, die Hauptlast der Flüchtlingsbewegung aus Syrien tragen, hat ganz Europa im letzten Jahr 6% der insgesamt 20 Millionen internationalen Flüchtlinge aufgenommen: die Krise in Europa ist eine Krise der Aufnahmekapazität, aber auch von öffentlicher Wahrnehmung, die oft aus politischen Gründen manipuliert wird. Gleichzeitig sind europäische Staaten, die öffentlich für die Aufnahme von Flüchtlingen „in der Region“ eintreten, langsam oder unwillig, diese Staaten und den UNHCR oder andere humanitäre Organisationen finanziell dabei zu unterstützen, die Leiden zu lindern und eine Grundversorgung für die Flüchtlingsbevölkerung sicherzustellen.
- Flüchtlinge nehmen ernste Gefahren auf sich, um in Sicherheit zu kommen. Gleichzeitig entstehen Ängste in europäischen Ländern bezüglich der Stabilität von Gesellschaften und ihres Lebensstiles. Diese Furcht wird zunehmend von populistischen, nationalistischen politischen Bewegungen genutzt, die Unsicherheit und Fremdenfeindlichkeit schüren. Die sogenannte Flüchtlingskrise wird eher als Sicherheitsthema denn als humanitäres behandelt, und dies sollte hinterfragt werden; es verhindert Weiterentwicklung und gibt der Furcht von Menschen Nahrung, da die wirklich notwendigen Dinge nicht angegangen werden. Kirchen und kirchennahe Gruppen haben detailliertes Wissen und müssen im täglichen Kontakt mit Flüchtlingen diese Furcht angehen, während sie gleichzeitig die Furcht, die Menschen haben, respektieren – diese Furcht kann nicht einfach übersehen werden, sie muss mit Verständnis aufgenommen werden, damit Menschen von ihr befreit werden können. Kirchen und kirchennahe Gruppen können und sollten sicherstellen, dass die Debatte nicht über gesichtslose „Kategorien“ von Menschen geführt wird, sondern über individuelle menschliche

Wesen und deren Gesichter und Geschichten, um das Leiden, das sie veranlasst hat, ihre Heimat zu verlassen und eine gefährliche Flucht anzutreten: sie können und sollen ihnen helfen, diese Geschichten zu erzählen.

- Respekt für die Heiligkeit und Würde menschlichen Lebens erfordern es von Europa, sichere und legale Zugangswege zu entwickeln, die das in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte Recht garantieren, Asyl in Europa zu beantragen und das immense Leiden zu vermeiden, das durch das gegenwärtige System von Menschenschmuggel und -handel verursacht wird. Konkrete Maßnahmen, um diesem Gebot zu folgen, beinhalten Flüchtlingsneuaniedelung, humanitäre Zugangsprogramme, private Sponsorenprogramme, Familienzusammenführung, humanitäre Visa; mehr Stipendienprogramme für Studium und Ausbildung und Programme für Arbeitsmobilität würden den Druck auf die Flüchtlingsschutzsysteme vermindern.
- Die Konferenz befand, dass viele europäische Staaten als Antwort auf wahrgenommenen gesellschaftlichen Druck Hinderisse für die Anerkennung von Asylsuchenden errichten und in internationalen und europäischen Abkommen verankerte Flüchtlingsrechte einschränken: die schädlichsten hiervon sind das Erzeugen von Unsicherheit bezüglich der Dauer und Anforderungen von Asylverfahren und die Erschwerung von Familienzusammenführung durch die Verlängerung von Wartezeiten. So die menschenrechtlichen Standards und Verpflichtungen zu negieren, ist inakzeptabel: die Kirchen sollten daher dafür eintreten, diese Maßnahmen gegen menschenrechtliche Verpflichtungen zu überprüfen.
- Die Beiträge während der Konferenz haben gezeigt, dass Kirchen und kirchennahe Organisationen zurückhaltend sind, verfügbare legale und juristische Mittel zu nutzen, um gegen die Verletzung von Menschenrechten von MigrantInnen und AsylbewerberInnen anzugehen. Diese Rechte sind zumeist in nationalen Gesetzen verankert, die auch mit internationalen und europäischen Verträgen und Abkommen übereinstimmen müssen. Wenn der nationale Gerichtsweg keine effektiven Mittel erbringt, so existieren sowohl in der UN, als auch in Europa Mechanismen zum Zweck des effektiven Rechtsschutz in Fällen von Menschenrechtsverletzungen. Die Konferenz hat Beiträge gehört, unter anderem über die erfolgreiche KEK-PKN Beschwerde gegen die Niederlande vor dem Europäischen Ausschuss für Soziale Rechte hinsichtlich der Verletzung von Rechten abgelehnter Asylbewerber.
- Drei UN Berichterstatter (für Armut, MigrantInnenrechte und angemessenes Wohnen) haben sich in dem Fall zu Wort gemeldet und damit unter anderem sichergestellt, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dem Fall Priorität eingeräumt hat. Der UN Menschenrechtsrat verfügt auch über verschiedene Mechanismen, die auch Kirchen und Zivilgesellschaft zugänglich sind, zur Überprüfung der Übereinstimmung mit internationalen vertraglichen Verpflichtungen. Angesichts des Abwärtstrends seitens der Staaten bei der Anerkennung von Rechten für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen ruft die Konferenz Kirchen dazu auf, zu überlegen und Möglichkeiten zu prüfen, solche Mechanismen zu nutzen, damit Schutzverpflichtungen effektiver werden.
- Die Konferenz erfuhr von jüngsten politischen und legislativen Vorschlägen der Europäischen Kommission, die darauf abzielen, die Zahl der ankommenden Flüchtlinge zu reduzieren. Angesichts der Tatsache, dass die große Mehrheit der ankommenden Personen Schutz benötigen, wird ein solch enger Ansatz von Kirchen und Nichtregierungsorganisationen

kritisiert. Was nötig ist, ist eine bessere Verteilung von Verantwortung für Schutz in Europa; aber eine rein technische Verteilung von Flüchtlingen wird wohl nicht die Lösung sein. Es muss überlegt werden, wie Präferenzen und Notwendigkeiten der Flüchtlinge berücksichtigt werden können. Es mag nicht immer möglich sein, ihre Wünsche zu erfüllen, dennoch sind gute und verlässliche Information und Beratung, mit ihnen zu reden, zentral dafür, dass sie in der Lage sind ihr Leben neu aufzubauen.

Da die Flüchtlingskrise global ist und insbesondere im Nahen Osten Auswirkungen hat, sind komplementäre Aktivitäten und politische Maßnahmen notwendig, um sie anzugehen: die Länder, die die überwiegende Mehrheit von Flüchtlingen im Nahen Osten und in Afrika beherbergen, brauchen Unterstützung. Die Versprechen der UN Organisationen, die ein Mandat für die Unterstützung von Flüchtlingen und für Neuansiedlung haben, brauchen eine adäquate Antwort von europäischen Staaten, und die nachhaltigen Lösungen des UNHCR müssen einander ergänzen, nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Konferenz erfuhr von der Konferenz, die vom UN Generalsekretär im September 2016 zu großen Bewegungen von von MigrantInnen und Flüchtlingen geplant wird. Es wird gehofft, dass die Antwort der internationalen Staatengemeinschaft eine Verantwortungsteilung und nicht ein Verschieben von Verantwortung auf andere, oft schwächere Länder ergibt.

Basierend auf den umfangreichen Erfahrungen vor Ort und den positiven Erfahrungen in der Arbeit mit und für Flüchtlinge, ermutigen wir die Kirchen in Europa, sich in den Gesellschaften einzubringen, Räume zu schaffen um Flüchtlinge zu treffen, miteinander über die gegenseitige Furcht zu reden und aktive Teilnahme anzuregen. Es ist auch von zentraler Bedeutung, dass interreligiöser Austauschermutigt wird, um Furcht anzugehen. Solidarität und Kommunikation sollten von religiösen Gemeinschaften gemeinsam gezeigt werden.

Aus der Bibelarbeit von Erzbischof Kari Mäkinen von der evangelisch-lutherischen Kirche in Finnland lernte die Konferenz, dass Situationen von Migration und Flucht sehr verbreitet in der heiligen Schrift sind. Veränderungen im Leben rufen oft Angst hervor, aber das Wort Gottes in solchen Situationen lautet: „Fürchte Dich nicht, denn ich bin bei Dir“. Von daher können ChristInnen und Kirchen voller Vertrauen Flüchtlingen und Gemeinschaften dienen. „Vergesst nicht, Gastfreundschaft zu üben, denn auf diese Weise haben einige, ohne es zu wissen, Engel bei sich aufgenommen.“ (Hebr. 13: 2)

Übersetzt aus dem englischen Original